

NOVEMBER 2013 | WWW.SPD-FRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, in den vergangenen Wochen hat sich erneut eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig der Wechsel in Niedersachsen für die Menschen in unserem Land ist. Die rechtswidrige Speicherung von Daten beim Landesamt für Verfassungsschutz ist ein Beispiel mehr dafür, wie sehr der frühere CDU-Innenminister diese Einrichtung für seine durchschaubaren politischen Zwecke missbraucht hat.

Die Behörde hat Journalisten, Mitarbeiter von Landtagsabgeordneten der Grünen und einen Anwalt, der sich für Bürgerrechte einsetzt, in den Focus genommen. Ein Vorgang, der einmalig sein dürfte in der Geschichte des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Ein Vorgang, zu dem wir als SPD-Landtagsfraktion sagen: So etwas darf in Zukunft nicht mehr möglich sein. Und: Wir werden dafür streiten, dass der Verfassungsschutz zu einer Behörde wird, für die der Schutz der Demokratie und der Verfassung wichtigste Leitlinie ihrer Arbeit ist.

Unser Innenminister Boris Pistorius hat gemeinsam mit der neuen Präsidentin Maren Brandenburger die richtigen Schritte eingeleitet. Sonderermittler aus verschiedenen Landesbehörden, die eine Task-Force bilden, werden die Vorgänge der illegalen Datenspeicherung untersuchen. Eine Expertenrunde wird zudem die Reform der Behörde vorbereiten, damit der Verfassungsschutz Niedersachsen wieder mehr als zuvor ein unabhängiger und starker Beschützer der Bürgerrechte wird.

Johanne Modder

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

CDU/FDP MISSBRAUCHEN VERFASSUNGSSCHUTZ

DATEN-AFFÄRE EX-CDU-Minister Schönemann hat rechtswidrig Journalisten gespeichert – Neue Verfassungsschutz-Präsidentin Brandenburger klärt Vorgänge auf

Von Frank Jungbluth

Die hartnäckigen Recherchen der neuen Verfassungsschutz-Präsidentin Maren Brandenburger (SPD) haben in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit gebracht, was zu Zeiten des CDU-Innenministers Uwe Schönemann im Geheimen geschehen ist: Journalisten, die Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten der Grünen, ein Anwalt, der sich für Bürgerrechte einsetzt – sie alle sind Opfer einer Praxis, die den Verfassungsschutz in Verruf bringt, wie der verfassungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marco Brunotte bilanziert.

»Teile des niedersächsischen Verfassungsschutzes wurden offenbar als verlängertes Arm von Ex-CDU-Innenminister Schönemann missbraucht, um ein Netz von Informationen zu spinnen, mit dem anerkannte Journalisten wie Andrea Röpke überwacht werden sollten«, sagt Brunotte. Hier gehe es um eine Frau, die sich seit Jahren für den Kampf gegen Neo-Nazis und Rechtsradikalismus engagiere. Das reiche offenbar, um ins Raster von Schönemanns Schlapphüten zu geraten, kritisiert Brunotte die fragwürdigen Methoden, die während der Amtszeit des CDU-Ministers offenbar gang und gäbe gewesen seien.

»Man hat nicht nur rechtswidrig Informationen über diese mutige Journalistin gesammelt, man hat sie auch belogen und die Sammlung ebenso rechtswidrig wieder gelöscht, als sie von der Behörde Auskunft zu Daten über sich eingefordert hat«, erklärt Marco Brunotte. Dafür trage der frühere Innenminister Schönemann zweifellos die Verantwortung. »Auch, wenn er heute mit seiner für ihn schwierigen Vergangenheit nichts mehr zu tun haben will«, sagt Brunotte.

Die Daten-Affäre von CDU/FDP zeige, wie diese Behörde instrumentalisiert worden sei – und damit der Blick für den eigentlichen Auftrag des Verfassungsschutzes getrübt wurde. »Wir lernen zweierlei aus diesen Vorgängen«, erklärt der Verfassungsschutz-Experte der SPD-Landtagsfraktion: »Erstens war es ein



überfälliger Schritt, eine Expertengruppe einzuberufen, die vor allem auf notwendige Veränderungen innerhalb des Verfassungsschutzes blickt. Dieses Expertenteam wird gemeinsam mit dem zuständigen Innenminister Boris Pistorius und der Präsidentin des Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, ohne Scheuklappen analysieren, wo der Verfassungsschutz heute steht und wie er aufgestellt werden sollte, um ihn wieder zu einer unabhängigen Behörde zu reformieren.«

Zum Zweiten sei es wichtig, die Vorgänge um illegale Datenspeicherung genau zu untersuchen und so gut es gehe auch zu rekonstruieren. »Da sind Vorgänge bekannt geworden, die unseren Verfassungsschutz beschädigen. Wir wollen hingegen eine Behörde, der die Bürger vertrauen, und bei der sie den Schutz unserer Verfassung in guten Händen wissen« sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Marco Brunotte. Deshalb sei die Arbeit der Task-Force, die seit Anfang Oktober mit Experten des Innenministeriums an der Aufarbeitung der Fälle arbeite, außerordentlich wichtig. »Wir rechnen damit, dass Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen, mit denen wir arbeiten können«, beschreibt Marco Brunotte das weitere Vorgehen. Er betont: »Alles das, was jetzt innerhalb kürzester Zeit unterommen wurde, zeigt, wie deutlich der Paradigmenwechsel auch beim Verfassungsschutz mit dem Regierungswechsel in Niedersachsen einhergeht. Wir sind auf einem guten Weg.« ■

Ausgespäht: Wie oft ist der Verfassungsschutz in der Amtszeit des CDU-Innenministers Uwe Schönemann von der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung missbraucht worden?

Foto: Shutterstock



Marco Brunotte Mdl,
Vorsitzender des Ausschusses
für den Verfassungsschutz

Foto: SPD-Fraktion

OPPOSITION SUCHT IHRE ROLLE UND FINDET SIE OFFENBAR NICHT

ANGELEGENHEIT PASCHEDAG Ehemaliger Staatssekretär der Grünen fasziniert CDU und FDP –

Untersuchungsausschuss muss sich um längst abgegebenen Dienstwagen kümmern *Kommentar von Frank Jungbluth*

Es ist ein Thema, das andernorts längst in die Geschichte eingegangen wäre, allerdings höchstens als Randnotiz: Im Sommer hat Udo Paschedag, inzwischen im Ruhestand befindlicher Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums, öffentlich Aufsehen erregt, weil er einen Dienstwagen nutzte, der mit Blick auf eine entsprechende Richtlinie des Landes eine Nummer zu groß war. Die Angelegenheit ist erledigt worden, wie es richtig ist: Der Dienstwagen ist zurückgegeben, und weil Udo Paschedag mit einem zweifelhaften Vermerk im Zusammenhang mit der Anschaffung dieses Autos das Vertrauen des Ministerpräsidenten Stephan Weil verloren hat, ist er inzwischen in den Ruhestand versetzt worden. So weit, so gut.

Wenn da nicht eine verzweifelte CDU/FDP-Opposition wäre, die unter dem Eindruck der immer noch nicht verkrafteten Wahlniederlage und dem damit verbundenen Machtverlust ihre Rolle sucht, und nicht findet. Also muss nach Meinung dieser verzweifelten Abgeordneten von CDU und FDP ein Thema her, das helfen könnte, die Opposition als solche auch sichtbar zu machen – und so konzentriert sich die Arbeit der Parlamentsminderheit seit Wochen darauf, hier einen Skandal zu finden, allein, es will nicht gelingen.

Wie ist der Stand der Dinge? Der Dienstwagen ist abgegeben, der Staatssekretär im

Ruhestand. Alle, die dazu etwas zu sagen haben, haben alles gesagt. Angelegenheit eigentlich erledigt?! So sollte es sein und so

wäre es auch, wenn, ja wenn die Opposition nicht verzweifelt ihre Rolle suchen würde. Und sie immer noch nicht findet. ■

FRAKTION IN AKTION



Große Ehre für den Begründer der Deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle: Niedersachsens Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann (SPD, links) mit Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU, rechts) nach der Kranzniederlegung am Grab von Ferdinand Lassalle auf dem historischen jüdischen Friedhof in Breslau. Das Bild entstand während der Präsidiumsreise nach Niederschlesien vom 15.–18. Oktober, die auf Einladung des Vorsitzenden der Sejmik der Wojewodschaft Niedersachsen, Jerzy Pokój zustande gekommen ist. Mit dabei waren auch die SPD-Landtagsabgeordneten Sigrid Rakow (Edewecht) und Markus Brinkmann (Sarstedt). ■ Foto: Niedersächsischer Landtag

SPD-FRAKTION FÜR DIE EINFÜHRUNG DER SOLIDARISCHEN UMLAGEFINANZIERUNG IN DER ALTENPFLEGEAUSBILDUNG

Im September hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen die Landesregierung aufgefordert, die Wiedereinführung der solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflegeausbildung zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Einrichtungen umzusetzen. Mit dieser Forderung lösen SPD und Grüne ein zentrales Versprechen der Koalitionsvereinbarung ein, um eine gute und wertvolle Pflege in Niedersachsen zu sichern und eine gleichmäßige Lastenverteilung zwischen den Leistungserbringern in der stationären und ambulanten Altenpflege herbeizuführen. Demnach soll durch die Umlage verhindert werden, dass ausbildende Betriebe Wettbewerbsnachteile haben und ggf. in die Tariffucht getrieben werden, so Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. »Es muss endlich Schluss

damit sein, dass Betriebe, die sich nicht an der Nachwuchsförderung beteiligen, auch noch mit Gewinnmaximierung belohnt werden.« So fehlen in Niedersachsen schon heute mehr als 3.000 Pflegefachkräfte. Bis 2020 werden es laut Prognosen des Landespflegeberichts bereits 30.000 Kräfte sein. Auch die sogenannte »Engpassanalyse 2013« des Instituts der Deutschen Wirtschaft hat am 5. Juni 2013 festgestellt, dass der Altenpflegeberuf die zehn Berufe mit dem höchsten Fachkräftemangel anführt. Zur Abwendung eines drohenden Pflegenotstands haben deshalb bereits andere Bundesländer beschlossen, die Altenpflegeausbildung über eine Umlage zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Einrichtungen zu finanzieren (u. a. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder das Saarland).

Die Umlagefinanzierung gab es in Niedersachsen bereits von 1996 bis 2000. Sie wurde damals jedoch ausgesetzt, weil sie mehrfach beklagt worden ist. Am 1. August 2003 hat das BVerfG jedoch die Rechtmäßigkeit der Umlagefinanzierung festgestellt. Seitdem dürfen die Landesregierungen nach Paragraph 25 des Altenpflegegesetzes dann ein Umlageverfahren einrichten, »wenn dies erforderlich ist, um einen Mangel an Ausbildungsplätzen zu verhindern oder zu beseitigen«. Die niedersächsische Landesregierung wird auf dieser Grundlage eine wissenschaftliche Studie von einem unabhängigen Institut durchführen lassen, um diesen Mangel nachzuweisen. Das ist der erste Schritt auf dem Weg zur Wiedereinführung der Umlage. Die dafür notwendigen Voraussetzungen sind im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr bereits abgebildet. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich:

Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Frank Jungbluth, Jana Melching, Nelly Schmitt

Bildnachweis:

SPD-Fraktion, Frank Jungbluth, Niedersächsischer Landtag, Shutterstock

Redaktionsschluss:

23. Oktober 2013

Redaktion:

Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de

Anschrift:

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de